

Ob es gut oder schlecht

Die Frau eines Kollegen bekommt per Post eine namentliche Einladung zum Hörtest – von einem ihr unbekanntem Akustik-Unternehmen. Obwohl sie sich nie mit dem Thema befasst und keine Beeinträchtigung hat. Sie fürchtet jetzt, dass das Telefon gelauscht hat, als sie zu ihren Kindern sagte, dass sie noch taub werde bei dem Gebrüll. Ein anderer Kollege bekommt von einem Spielzeugladen eine Mail mit der Aufforderung, seinem Sohn, der doch bald Geburtstag habe, ein Geschenk zu kaufen. Vorname und Geburtsdatum des Kindes sind korrekt angegeben. Ist das die Digitalisierung, über die so viel geredet wird?

Ein Viertel der Unternehmer mit mehr als 20 Mitarbeitern sehen sich durch die Digitalisierung in ihrer Existenz bedroht – und damit 3,4 Millionen Arbeitsplätze. Das haben sie im Rahmen einer Studie dem Branchenverband für Telekommunikation und neue Medien, Bitkom, mitgeteilt. Werden uns Algorithmen in Zukunft nicht nur Entscheidungen, sondern auch die Arbeit abnehmen? Bedeutet Digitalisierung vor allem fehlende Selbstbestimmung und Machtlosigkeit? Lars Klingbeil, SPD-Generalsekretär, der sich als Netzexperte seiner Partei profiliert hat, und Tilman Santarius, Professor für Sozial-ökologische Transformation und nachhaltige Digitalisierung an der TU Berlin, finden: Nein – die Digitalisierung birgt große Chancen. Allerdings nur, sagt Santarius, wenn die Politik schneller handelt als bisher. Zum Gespräch treffen sich die beiden passenderweise im Einstein Centre Digital Futures, einem gemeinsamen Forschungsprojekt der vier Berliner Universitäten. Auch wenn zwei Tage zuvor die SPD bei der Landtagswahl in Bayern ein erschütternd schlechtes Ergebnis erreicht hat, sieht Lars Klingbeil zuversichtlich in die Zukunft – zumindest die digitale.

Herr Santarius, Herr Klingbeil, ist die Digitalisierung ein Monster, das Arbeitsplätze frisst oder hilft sie uns, glücklicher zu werden?

TILMAN SANTARIUS: Man darf weder dem Hype aufsitzen, dass alles gut wird, wenn man nur alles digitalisiert, noch eine Hysterie entwickeln und der Digitalisierung alle möglichen Übel unterstellen. Das hilft uns nicht weiter.

LARS KLINGBEIL: Ob es gut oder schlecht wird, das entscheiden wir. In der öffentlichen Debatte entsteht oft der Eindruck, dass Digitalisierung eine unkontrollierbare Welle ist, die unsere Gesellschaft überflutet. Das ist aber falsch, denn wir können Digitalisierung gestalten.

Und wie?

KLINGBEIL: Wir setzen heute den Rahmen, wie sich Digitalisierung in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren entwickeln wird. Die Frage, ob das etwas Positives oder Negatives ist, hängt maßgeblich von den Entscheidungen von Politik und Gesellschaft ab. Deswegen habe ich überhaupt keine Angst und glaube, dass Digitalisierung etwas sehr Gutes für die Menschen sein kann, wenn wir sie richtig gestalten.

Was ist denn das Gute?

KLINGBEIL: Eine große Frage für die SPD ist, wie sich der Arbeitsmarkt wandelt. Die Digitalisierung kann dazu führen, dass Menschen mehr Freizeit haben und weniger körperlich anstrengende Arbeiten machen müssen. Dass wir eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt haben können. Das muss ausgehandelt werden zwischen Arbeitgebern und Tarifpartnern, damit Digitalisierung keine moderne Form der Ausbeutung wird. Wie geht man mit mobilem Arbeiten um, mit Home Office, wie sehen Tarifverträge der Zukunft aus? Das alles muss schnell geklärt werden.

SANTARIUS: Die Qualität der Arbeit ist sicherlich ein großes Themenfeld. Da gibt es sehr viele Chancen, aber nicht nur. Denn allezeit erreichbar zu sein, führt ja auch zu Burnout und Stress.

KLINGBEIL: Deshalb brauchen wir ein Recht auf Nichterreichbarkeit. So was gehört in Tarifverträge. Es kann nicht der Normalzustand sein, dass der Chef um elf Uhr noch E-Mails schickt, die bis morgens um sieben Uhr abgearbeitet sein müssen.



Tilman Santarius ...

... hat Soziologie, Ethnologie und Ökonomie studiert und sich auf die Themen Klima- und Handelspolitik, nachhaltiges Wirtschaften, globale Gerechtigkeit und digitale Transformation spezialisiert.

... ist seit 2017 Professor für Sozial-ökologische Transformation und nachhaltige Digitalisierung am Einstein Centre Digital Futures und an der TU Berlin wo er eine Nachwuchs-Forschungsgruppe zum Thema Digitalisierung leitet.

... war Vorstandsmitglied bei Germanwatch und engagiert sich im Aufsichtsrat von Greenpeace.

... veröffentlichte zusammen mit dem Ökonomen Steffen Lange im Frühjahr das Buch „Smarte grüne Welt – Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit“.

SANTARIUS: Das andere Thema ist quantitativ: Auch in den Best-Case-Szenarien ist mit einer deutlich zunehmenden Arbeitslosigkeit zu rechnen. Ich will überhaupt nicht wie manche von 40 oder 45 Prozent Arbeitslosigkeit in den nächsten 20 Jahren ausgehen. Aber wenn es nur neun oder elf Prozent zusätzlich zu dem Niveau von heute sind, ist das äußerst signifikant. Deswegen müssen wir andere Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt setzen.

Nämlich welche?

SANTARIUS: In unserem Buch „Smarte grüne Welt“ machen wir den Vorschlag einer kurzen Vollzeit für alle, eine 24- bis 30-Stunden-Woche. In der Diskussion ist auch immer das Grundeinkommen. Eine dritte Möglichkeit wäre eine negative Einkommenssteuer für Geringverdiener. Das hat nur bedingt etwas mit der Steuerung der Digitalisierung zu tun, sondern es geht darum, die Rahmenbedingungen zu setzen für die digitale Gesellschaft der Zukunft. Die wird so sein, dass Automatisierung und Robotisierung einen Teil der menschlichen Arbeit abnehmen. Eigentlich ist das eine tolle Chance. Wir wollen ja alle weniger arbeiten.

KLINGBEIL: Technischer Fortschritt hat schon immer Arbeitsplätze vernichtet. In meinem Wahlkreis in der Lüneburger Heide stehen nicht mehr wie früher vierzig Leute auf dem Acker, sondern nur einer, der eine große Maschine bedient. Diese Entwicklung spitzt sich mit der Digitalisierung zu. Wir werden erleben, dass bis ins mittlere Management Jobs verschwinden. Aber die Arbeit wird uns nicht

ausgehen. Es wird neue Jobs und Berufsbilder geben, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. Vor allem wird es einen riesigen Bedarf an sozialer Arbeit geben. Die Arbeit muss anders verteilt werden.

Wie stehen Sie zum bedingungslosen Grundeinkommen und der Arbeitszeitverkürzung?

KLINGBEIL: Wir brauchen eine andere Verteilung und Qualität von Arbeit. Ich nehme wahr, dass viele diese Arbeitsverdichtung nicht mehr wollen. Die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen ist deshalb spannend, weil sie eine Chiffre ist für ganz viel, was gerade auf dem Arbeitsmarkt schiefläuft. Leute sagen: Wir hätten gern mehr freie Zeit, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Möglichkeit, uns zu verwirklichen.

Das klingt wünschenswert. Andererseits entstehen Plattformen wie Mechanical Turk von Amazon, auf der Menschen weltweit um sehr schlecht bezahlte Minijobs konkurrieren. In Indien verdienen sich Tausende als eine Mischung aus Hilfsarbeiter für Computer und Nachhilfellehrer für Algorithmen. Sehen so die Jobs der Zukunft aus?

SANTARIUS: Die Szenarien sagen zwar, dass neue Jobs entstehen. Aber mehr im Bereich der niedrig qualifizierten und gering entlohnten Jobs, weniger im Hochlohn-Bereich. Die Silicon-Valley-Millionäre wird es weiterhin geben. Aber das ist nicht der typische Arbeitsplatz, der im Zuge der Digitalisierung entsteht. Das ist eher der Lagerhallen- und Lieferservice. Ob uns die Arbeitsplätze

ausgehen oder nicht, hängt auch mit der Wachstumsfrage zusammen.

Inwiefern?

SANTARIUS: Ich habe meine Zweifel, dass die Digitalisierung funktioniert wie vorherige Wellen der technologischen Innovation, also die Einführung der Webstühle, der Landmaschinen, des Stroms und des Automobils.

Warum?

SANTARIUS: Weil die Digitalisierung polarisierend wirkt, wenn sie nicht gestaltet wird. Es wird wenige extreme Hochverdiener geben und viele Geringverdiener. Dann wird der alte Mechanismus, dass über Wachstum alle mitgenommen werden, mehr konsumieren und wir so wieder mehr neue Jobs kriegen, nicht funktionieren. Zudem würde ich da auch ein Fragezeichen aus ökologischer Sicht setzen. Können wir es uns angesichts des drohenden Klimawandels überhaupt erlauben, immer weiter zu wachsen, oder können wir nicht die Chancen der Digitalisierung nutzen, um unseren Wohlstand ein Stück weit von diesem Wirtschaftswachstumsmodell zu entkoppeln?

Welche Chancen sehen Sie da?

SANTARIUS: Menschen können mehr selber machen, wir können mehr von Nutzer zu Nutzer teilen und durch Plattformen wie Ebay darauf verzichten, alles neu zu kaufen. Eine Gestaltung muss stärker darin liegen, Arbeit umzuverteilen, sodass die Software-Ingenieure und IT-Programmiererinnen nicht 70-Stunden-Jobs schieben und ein erhöhter Anteil der Bevölkerung arbeitslos wird.

KLINGBEIL: Die zentrale Frage beim Wachstum ist, wie stark Faktoren wie Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit berücksichtigt werden. In der letzten Wahlperiode gab es eine Enquete-Kommission, die sich mit der Frage beschäftigt hat, ob wir einen anderen Wachstumsbegriff brauchen. Wenn die Digitalisierung dazu führt, dass Menschen weniger Belastung haben, halte ich das für einen Fortschritt. Ich möchte nicht diese Uber-Jobs. Es ist völlig richtig, eine Plattform zu haben, auf der Fahrdienste vermittelt werden. Aber dass die Fahrer von Uber in vielen Städten noch nicht sozialversichert und als Solo-Selbstständige unterwegs sind und Uber keinerlei Verantwortung übernimmt, das geht nicht.

Wie kann die Politik eingreifen?

KLINGBEIL: Es ist ganz klar, dass wir Vorgaben brauchen, was die Absicherung und Lohnhöhe angeht. Ich bin nicht gegen die Plattformen, aber ich bin dafür, dass wir in der Politik Standards und Regeln formulieren. Das ist unsere Aufgabe.

SANTARIUS: Trotzdem ist das ein Auslaufmodell. Die klassischen Jobs der Industriearbeiter, denen man durch politische Steuerung hilft, einen anständigen Arbeitsvertrag zu haben mit Urlaubszeiten und Erreichbarkeitsregelungen, werden zahlenmäßig zurückgehen. Es wird mehr Menschen geben, die eigenverantwortlich unterwegs sind oder mehrere Jobs haben. Nicht nur Mechanical Turks, sondern auch Softwareentwickler. Für die müsste die Politik fördernd wirken, indem kooperative und genossenschaftliche Plattformen unterstützt werden. Bei Uber werden die Fahrer ausgebeutet, und die Profite wandern ins Silicon Valley ab. Es gibt in den USA aber auch eine von Fahrern betriebene App, bei der sie selbst über die Gewinne entscheiden.

KLINGBEIL: Es gibt die Möglichkeit, genossenschaftliche Plattformen zu fördern. Mitarbeiterbeteiligung und die Demokratisierung von Plattformen – das ist ein Prozess, der gerade erst ganz behutsam beginnt. In Deutschland gibt es erste Ansätze. Aber da, wo Menschen in einem klassischen Abhängigkeitsverhältnis sind, braucht es eine starke gewerkschaftliche, sozialdemokratische Orientierung, die sagt: Es gibt Schutz. Natürlich weiß ich, dass viele, die Start-ups gründen, bereit sind, bis an die Grenzen der Selbstausbeutung zu gehen, um ihr großes Ziel zu verwirklichen. Der Staat muss hier unterstützend und schützend eingreifen, aber ohne Bürokratie.

Im digitalen Raum haben es kleine Wettbewerber schwer. Anders als bei der Eisdielen im Kiez gibt es keinen Grund, beispielsweise zur zweit-

wird, entscheiden wir

Sie verändert die Arbeitswelt, macht private Informationen verfügbar und Geld verdienen mit ihr vor allem ein paar Konzerne: Die Digitalisierung kann Angst machen. Zu Recht? SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil und TU-Professor Tilman Santarius im Gespräch

Interview: Max Bosse

besten Suchmaschine zu gehen, weil sich bei der Nummer eins eine Warteschlange bildet. Im Gegenteil: Wer die meisten Nutzer anzieht, kann dank deren Daten seine Algorithmen perfektionieren. Der Gewinner nimmt alles: So wird das Internet ein Herrschaftsgebiet von Monopolisten bleiben und kein demokratischer Raum.

SANTARIUS: Deshalb muss die Politik regulierend wirken. Wir erleben auseinanderklaffende Machtasymmetrien. Amazon ist ja nicht nur so dominant, weil sie ein Drittel des deutschen E-Commerce abwickeln, sondern weil sie inzwischen so viele Drittanbieter auf ihrer Plattform sammeln. Die meinen, dass sie über Amazon anbieten müssen, weil sie sonst gar nicht gefunden werden. So kontrolliert Amazon die wirtschaftliche Infrastruktur auch für die Produkte, die eigentlich gar nicht Teil des Sortiments sind. Da muss das Monopolrecht in eine Richtung gehen, dass nicht nur Dominanz in Marktsegmenten, sondern auch Kontrolle von Daten, Wissensströmen und Vertriebskanälen in die kartellrechtlichen Kriterien einfließt. Erst dann erhalten Konsumenten und mittelständische Unternehmen eine Grundlage, um sich auf Augenhöhe zu begegnen.

KLINGBEIL: Deshalb haben wir in der letzten Wahlperiode begonnen, an einem neuen Kartellrecht zu arbeiten. Es gibt die ersten Urteile auf europäischer Ebene, gegen Google gibt es laufende Verfahren wegen des Missbrauchs von Marktmacht. Ich halte es für wichtig, dass wir diese Dominanzstellung erkennen und etwas dagegen tun. Es gibt bereits regionale Plattformen. Auch bei mir zu Hause gibt es zum Beispiel Überlegungen, wie sich die Geschäfte vor Ort besser vernetzen können. Hier sollte Politik gezielt regionale Modelle fördern.

Der im Koalitionsvertrag verankerte Gigabit-Ausbau sieht vor, dass bis 2025 alle Bürger in Deutschland einen schnellen Breitband-Internetzugang haben. Zehn bis zwölf Milliarden soll der Glasfaserausbau kosten. Wie lässt sich verhindern, dass von diesen Investitionen vor allem die Weltunternehmen profitieren? Sie zahlen keine Steuern, streichen im Internet die Gewinne ein. Auf Facebook und die Google-Mutter Alphabet entfallen fast die Hälfte der weltweiten Ausgaben für Onlinewerbung: 100 Milliarden Euro.

SANTARIUS: Und es ist nicht nur die Online-Werbung, es sind auch die Datenströme. Streaming steht für 60 bis 70 Prozent des weltweiten Datenverkehrs. Das wird über wenige Plattformen abgewickelt: Netflix, Amazon Prime, Youtube, Youporn. Auch da ist eine unglaubliche Asymmetrie. Wenige Firmen generieren einen Großteil des Datenvolumens. So was gehört eigentlich besteuert. In allen Szenarien sehen wir, dass der Anteil des Filmkonsums auch zukünftig bei 60 bis 70 Prozent liegen wird, das gesamte Datenvolumen aber explodiert. Zum Beispiel durch hochauflösendere Filme und virtuelle Realität. Das sollte aus ökologischen Gründen im Zaum gehalten werden, weil ein exponentiell wachsendes Datenvolumen immer auch einen stark wachsenden Stromverbrauch bedeutet. Trotz des verringerten Verbrauchs der einzelnen Endgeräte kann sich der globale Energieverbrauch des Internets in den kommenden 15 Jahren vervierfachen.

KLINGBEIL: Sie schlagen also eine Steuer auf Datenströme vor?

SANTARIUS: Wir müssen politische Maßnahmen entwickeln, die einerseits durch eine Datenbesteuerung das Gebot der Netzneutralität nicht angreifen (*Daten sollen bei der Übertragung gleich behandelt werden, egal wer Sender und Empfänger sind, d. Red.*), andererseits aber die Wertschöpfung anzapfen, die über die exponentiell wachsenden Datenströme für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben dringend nötig ist – für Schulen, Krankenhäuser und Bildung. Und gleichzeitig dämpfend wirken, damit die Datenexplosion nicht so krass wird, wie zu befürchten ist.

KLINGBEIL: Der erste wichtige Schritt wäre, dass die großen Internetkonzerne überhaupt Steuern bezahlen. Deswegen ist die europäische Gesetzgebung gerade so wichtig. Das Beispiel, dass Amazon prozentual weniger Steuern bezahlt als der Hand-



Lars Klingbeil ...

... kam 1978 in Soltau zur Welt, wuchs in Munster auf und ist der Sohn eines Berufssoldaten und einer Einzelhandelskauffrau.

... studierte in Hannover Politik, Soziologie und Geschichte und übernahm im Anschluss erste Funktionen in der SPD – unter anderem im Wahlkreisbüro von Bundeskanzler Gerhard Schröder, als Jugendbildungsreferent im Landesverband Nordrhein-Westfalen und bei den Jusos.

... ist seit 2009 Bundestagsabgeordneter, gehört dem Seeheimer Kreis an, dem konservativen Flügel der SPD, und wurde 2017 zum SPD-Generalsekretär gewählt.

... war als netzpolitischer Sprecher der SPD unter anderem an den Koalitionsverhandlungen beteiligt und kontrolliert im Parlament den Fortgang der Digitalen Agenda.

werker bei mir in der Lüneburger Heide, das stimmt leider nach wie vor. Durch Steuertricks entgeht dem europäischen Fiskus ganz viel Geld. Da müssen wir dringend ran. Aber was für mich ein sehr wichtiger Punkt ist: Daten sind Macht. Deswegen haben wir den Vorschlag für ein Daten-für-alle-Gesetz gemacht.

Wie sieht der Vorschlag aus?

KLINGBEIL: Ab einer bestimmten Größe müssen Unternehmen die Daten für kleine Start-ups zur Verfügung stellen. Da schaffen wir Gleichheit und Startchancen.

SANTARIUS: Verfügbarkeit von riesigen Datensätzen ist außerdem ein wesentlicher Pfeiler, um neue Anwendungen Künstlicher Intelligenz zu entwickeln. Deshalb sind Firmen wie Google, Facebook und Apple führend, weil sie über die großen Datensätze verfügen.

KLINGBEIL: Künstliche Intelligenz, also KI, ist eine der wichtigsten Entwicklungen, die auf uns zukommen. Da sehe ich zwei Entwicklungslinien: Die eine ist die amerikanische. IT-Konzerne investieren ganz viel, aber auf Grundlage eines ganz anderen Wertefundaments: wenig Privatsphäre, sehr unternehmensgetrieben. Auf der anderen Seite steht die chinesische Entwicklung. Dieses System ist komplett staatlich gesteuert, aber es gibt keine Rechte der Bürger an ihren Daten. Die Lücke dazwischen muss Europa füllen, mit Deutschland und Frankreich als Vorreiter. Künstliche Intelligenz mit unseren Werten zu entwickeln, diesen Schritt verpassen wir gerade.

Wegzukommen von der Präsenzkultur in den Büros, das wäre für die Menschen ein riesiger Souveränitätsgewinn.

sehr tiefgehend mit der Digitalisierung auseinandergesetzt hat. Es gibt jetzt eine Dateneethikkommission, wie im Koalitionsvertrag vereinbart. Und wir haben jetzt im Bundestag die Enquete-Kommission für Künstliche Intelligenz.

Als einzelner Nutzer bin ich den großen Anbietern aber ausgeliefert.

SANTARIUS: Die Machtlosigkeit besteht auch aufgrund einer Unwissenheit. Beispiel: Whatsapp. Mit sehr wenig Handlungsdruck wäre es für Konsumenten möglich, umzusteigen. Signal, Telegram, Threema bieten genau dasselbe. Wenn jetzt das Bewusstsein steigt, dass Whatsapp die Daten systematisch auswertet und für Werbezwecke missbraucht – und damit vielleicht Wahlen beeinflusst oder Massenkonsum vorantreibt –, verliert Whatsapp binnen weniger Jahre in Deutschland ein paar Millionen User. Gerade beim Datenschutz sind wir auf einem sehr guten Weg, nicht zuletzt auch durch die Debatte um die EU-Datenschutzgrundverordnung.

KLINGBEIL: Bei der europäischen Datenschutzgrundverordnung wurde ganz viel diskutiert, was das für den Mittelstand und Vereine bedeutet, und die Frage, ob die Politik hier überzieht. Aber erst mal muss man doch sagen: Es ist genau richtig, dass wir jetzt ein europäisches Regelwerk gegen die amerikanischen Konzerne haben. Wir sind jetzt in der Lage, sehr schmerzhaft Strafen durchzusetzen, wenn gegen europäischen Datenschutz verstoßen wird.

Herr Klingbeil, Sie haben Ihren Wahlkreis angesprochen. Welche Möglichkeiten sehen Sie dort?

KLINGBEIL: Mein Wahlkreis liegt zwischen Hamburg, Hannover und Bremen. Es gibt dort viele Orte, an denen ich bis zu 50 Prozent Berufspendler habe. Aus meiner Heimatstadt Munster fahren ganz viele morgens nach Hamburg, und wenn der Elbtunnel dicht ist, heißt das eineinhalb Stunden hin, eineinhalb Stunden zurück. Wegzukommen von der Präsenzkultur in den Büros, das wäre für diese Menschen ein riesiger Souveränitätsgewinn. In 50 Prozent der Jobs wäre das möglich, wir machen das aber nur in einem Bruchteil der Jobs in Deutschland. Eine Studie aus dem Familienministerium zeigt: Dort, wo das gemacht wird und Zeitgewinne da sind, wird die Zeit für die Familie genutzt. Und es hat ja auch eine ökologische Dimension, wenn man nicht mehrere Stunden am Tag im Auto sitzt.

SANTARIUS: Eine reine Steigerung von Home-Office-Optionen und Breitbandausbau für den letzten Weiler wird noch nicht dazu führen, dass die Verkehrsströme runtergehen. Wir sollten die Gunst der Stunde nutzen, gleichzeitig bei der Verkehrspolitik die Anreize zu setzen, dass privater Straßenverkehr überflüssig gemacht oder verteuert wird. Das kommt die Leute dann nicht schlechter zu stehen, weil sie weniger pendeln, verhindert aber schädliche Rebound-Effekte.

Was meinen Sie?

SANTARIUS: Dass man zwar nicht mehr zur Arbeit pendelt, aber dafür mehr Wochenendtrips macht oder sich per Online-shopping öfter Sachen mit dem Lieferdienst schicken lässt. Wenn man die ökologische Dividende einfahren will, müsste man gleichzeitig kluge Verkehrspolitik entwickeln, weg vom Straßenverkehr und hin zu einem nutzungsgeteilten, öffentlichen Massenverkehrsmittel.

KLINGBEIL: Ich würde mich erst mal freuen, wenn die Menschen in meinem Wahlkreis weniger pendeln müssten, weniger Zeit im Elbtunnel und mehr mit den Familien verbringen. Den Wochenendtrip würde ich ihnen nicht verwehren. Dass der nicht mit dem 19,90 Euro-Flugticket sein muss, sehe ich auch so.

Bisher wird Digitalisierung, die es nicht erst seit gestern gibt, von Unternehmen gelenkt. Die Politik reagiert langsam.

KLINGBEIL: Ich habe das Thema acht Jahre als netzpolitischer Sprecher begleitet und habe es immer so empfunden, dass es zu langsam geht. Trotzdem muss ich eine Lanze brechen: Wir hatten die Enquete-Kommission im Bundestag, die sich an vielen Stellen



Max Bosse findet Funklöcher manchmal ganz wohltuend.